

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verdenstraße 14. Tel.: 210 43 (Abt.); 210 47 (Verlag)

Mit der Industriellen Arbeiter-Zeitung  
**Der Rote Stern**

Wasselpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Größe; 1 Mt. im Viertel. **Verkaufsstellen:** Kreiskontor des Sozialistischen Volksrates; Halle; Komm. und Privat-Buchh. Halle. **Postfach:** Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Verdenstraße 14

Wasselpreis 15 Pf. Halle, Sonnabend, 12. Dezember 1931 11. Jahrgang Nr. 233

## Ein neues Bielefelder Abkommen!

### 10% Lohnabbau — freie Vereinbarung

(Eig. Bielegd.) Bielefeld, 11. Dezember.

Bei den Verhandlungen über die Löhne der Bielefelder Metallarbeiter wurde von den Gewerkschaftsführern und den Unternehmern eine freie Vereinbarung abgeschlossen, wonach am 14. Dezember die Löhne um 5 Prozent und ab 1. Januar nochmals um 10 Prozent gesenkt werden sollen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die diese unerhörte Lohnabbauvereinbarung abgeschlossen haben, fordern beim Lohnabbau keine Grenzen. Was in Bielefeld vereinbart wurde, droht allen Arbeitern. Darum können nur Vertrauen mehr zu den Agenten der Kapitalisten, die solche Lohnabbauvereinbarungen schließen. Alle Arbeiter müssen sich jetzt in die rote Einheitsfront einreihen!

Am 1. März 1929 wurde in Bielefeld von den Sozialdemokratischen Gewerkschaften ein Abkommen geschlossen, das zu einer Niederlage der Arbeiterklasse führte. Die damalige Arbeiterklasse ließ sich im Glauben und im Vertrauen auf das Wort sozialdemokratischer Führer darauf ein, die Waffen niederzulegen. Die Folge war der Einmarsch des Generals Walter in Bielefeld.

Unabhängig von den Verhältnissen in Deutschland ist es auch auf der Weltweite, auf der Straße überall nur über die Not. Die Roten Ordnung der Brüderlichkeit. Kein Wunder, denn die Bestimmungen dieser Ordnung schreiben tief in die Lebenshaltung aller Menschen ein. Der Sturm der Empörung macht sich in zahlreichen Einrichtungen aus Betrieben und Versammlungen bemerkbar. Wie stark wird der Sturm erst werden, wenn Lohnabbau, Rentenminderung, Rentenentzug zur harten Tatsache werden wird.

Grund der neuen Roten Ordnung ist nunmehr in Bielefeld der erste Lohnabbau durchgeführt. In freier Vereinbarung der Vereinbarung zwischen Unternehmer und Bürokraten des SPD.

Arbeiter und Arbeiterinnen in allen Betrieben! Nicht nur zu noch der Lage der Stadt, sondern dem Inhalt nach ist das Abkommen ein zweites Bielefelder Abkommen für das gesamte Proletariat!

### Wacht sofort in allen Betrieben Stellung!

Sozialdemokratische Chemiarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter, Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr in Betrieben, Büros, die ihr in den Kontoren ausgebeutet werdet, merkt euch!

Wacht die Gewerkschaftsbürokratie in den nächsten Tagen den Lohn- und Gehaltsabbau überaus durchzuführen. Die Schlichter, der laut Notverordnung bei Nichterfüllung der Forderungen eintritt, wird in tausenden Fällen gar nicht einberufen werden und wenn, dann werden die SPD- und USH-Vertreter bedingungslos kapitulieren. Immer wieder muß es wieder kommen:

„Eine die alte Unterdrückung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer könnte die neue Notverordnung niemals durchgeführt werden.“

„Die die alte Unterdrückung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer könnte die neue Notverordnung niemals durchgeführt werden.“

„Die die alte Unterdrückung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und Gewerkschaftsführer könnte die neue Notverordnung niemals durchgeführt werden.“

sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Welche Einheitsfront wollen die sozialdemokratischen Betriebsräte, die des Klassenrats oder die des Kampfes. Das Beispiel von Deuna, das schändliche Spiel der Walter und Konjerten gegen die roten Betriebsräte zeigt deutlich, wo die Sozialdemokraten stehen. Nichtmenschenanträge gegen solche Betriebsräte, die den Lohnabbau auf Weisheit ihrer Organisation schänden. Dabei lie nicht in ihren Memoren. Stellt die braunblutigen Schwärzer, die dem Kampf ausweichen wollen, indem sie sich vorreden, daß die Gewerkschaften Kämpfe führen werden.

Die Lage ist klar, der Geist des neuen Bielefelder Abkommens darf nicht bei diesem Generalangriff nachgelassen werden. Die sozialdemokratischen Führer mögen es sich merken: Heute gibt es eine harte kommunistische Partei, verurteilt in den Massen des deutschen Proletariats. Und nicht „Bielefeld 1929“, sondern die rote Einheitsfront wird siegen!

### Frei nach Mussolini!

Die italienische Reichszeitung „Fortuna“ schreibt zur Notverordnung Ernting:

„Der letzte Versuch Deutschlands entspricht den Richtlinien, die der Faschismus im vergangenen Jahr zur Anwendung gebracht hat.“

Seit der von Mussolini im Dezember 1930 beschlossenen generellen Lohnkürzung von 8-10 Prozent ist die italienische Wirtschaft folgendermaßen „angefahrerl“ worden: Die amtliche Arbeitslosenrate liegt nun bei 450 000 auf 800 000.

Die Produktion in den wichtigsten Industrien ging um 20 bis 30 Prozent zurück.

### SPD-Parteivorstand beschließt:

## Keine Stellungnahme zur Notverordnung

Was heißt das? — Ein Manöver zur Rettung der Notverordnung, gegen die Reichstagseinberufung

Die „Nachrichten“ melden aus Berlin:

„Gestern tagte in Berlin der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei. In mehrstündiger Beratung, bei denen auch der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns eintraf, beschloß man sich mit der gegenwärtigen Lage, die besonders durch die letzte Notverordnung der Brüning-Regierung verschärft wurde.“

In allen Reden kam unentbehrlich zum Ausdruck, daß diese Notverordnung selbst die schärfsten Erwartungen übertroffen habe und daß durch diese Notverordnung die Geduld der sozialdemokratischen Mitglieder am Ende angelangt sei. Dennoch will der Parteivorstand die Brüning-Regierung und die Notverordnungen weiter führen. Diesmal soll sogar an das übliche Manöver, sogenannte „Herbesetzungen“ in die Notv. ord-

### Die Löhne der Chemiarbeiter

sind in den letzten zwei Jahren um etwa 30 Prozent gesenkt worden. Der Durchschnittslohn verringerte sich durch den Abbau aller überarbeitslichen Leistungen von 42 Mark in der Woche Anfang 1930 bis auf 37 Mark Anfang 1931. Dieser Rückgang der Löhne wurde durch Einführung der vierzigstündigen Woche noch mehr verschärft. Im Jahre 1930 ist die Lohnsumme der Chemiarbeiter (Vollarbeiter) von 1 018 547 290 Mark auf 884 304 925 Mark, also um über 154 Millionen Mark zurückgegangen.

Da aber ab 1. Juli d. J. eine Senkung der tariflichen Grundlöhne nicht erfolgt ist, so wird jetzt eine weitere 15prozentige Senkung der Löhne erfolgen!

Diese Tatsachen sind hart! Sie müssen die Grundlage zur Schaffung der roten Kampfeinheit in allen Betrieben Mitteldeutschlands bilden.

### Weitere Proteste

Erst in den Nachmittagsstunden des 9. Dezember ist die neue Notverordnung der Brüning-Regierung im Reichsgesetzblatt im Druck erschienen. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grelinski hat sofort alle öffentlichen Versammlungen schon für den Abend des 9. Dezember verboten. In Sachsen konnten aber am Abend des 9. Dezember noch mit polizeilicher Genehmigung öffentliche Versammlungen stattfinden und wir erhalten über 14 von der SPD einberufene Protestversammlungen folgenden Bericht:

„Überall protestierten die Massen härmlich gegen die neue Notverordnung der Brüning-Regierung. In allen Versammlungen herrschte glänzende Kampflimmung. Zahlreiche Aufrufe in die kommunistische Partei und die revolutionären Massenorganisationen wurden gemacht.“

Das ist ein weiterer Beweis dafür, wie die neue Notverordnung von den Massen des werktätigen Volkes aufgenommen worden ist.

### Leuna heraus!

Sonnabend, den 12. Dezember, 20 Uhr, in Weißenfels im „Tivoli“.  
Sonntag, den 13. Dezember, 9 Uhr, in Halle im „Wintergarten“.  
Montag, den 14. Dezember, 20 Uhr, in Dürrenberg im „Kronprinz“.

### drei Belegschaftsversammlungen!

# Die Lage ist klar!

Dalla, 12. Dezember.

In der Reichsversammlung vom 8. Dezember heißt es im 6. Teil unter dem Abschnitt 'Soziale Maßnahmen' folgendermaßen:

Die Reichsregierung wird ersucht, die Maßnahmen denjenigen Personen, die nach den Bestimmungen des Arbeitsvertragsgesetzes und des Arbeitsvertragsausnahmegesetzes über den Schmelzwerkstoffhandel in ein Einverständnis mit dem Ende des Arbeitsvertrages 1922 nach Ablauf der Fristen einzuweisen, um einen Zeitraum bis zu einem Jahre zu verlängern.

Der Frankfurter Kongress des DGB, der vor einem Vierteljahr tagte, hat bekanntlich beschlossen, auf Antrag des Bergarbeiterverbandes die Umschauer der Betriebsräte zu verlängern.

Die Betriebsräte wählten im Frühjahr 1932 wieder ein neues mächtiger Vorkampf der rauen Einheitsliste geworden. War doch schon der Antrag auf den Frankfurter Kongress des DGB, die Einheitsliste der blauen Jugend vor der gewaltigen Eisengitterung des Einflusses der revolutionären Gewerkschaften vor ihm zu warnen, was die Grund, der die Gewerkschaftsstruktur veranlaßt, einen solchen Antrag anzunehmen.

Zweifellos geschieht diese völlige Preisgabe der letzten Rechte der Arbeiterkraft auf Wunsch der Unternehmer, deren gebrochene Mittel die sozialdemokratischen Gewerkschaftsstrukturen sind. Die Zeitung 'Kämpfer' und 'Stegmalds', 'Der Deutsche', 'Kämpfer' am 8. November 1931 sehr klar:

Die Gewerkschaften sind heute das stärkste Bollwerk gegen den Kommunismus. Wird der Schwerpunkt der sozialen Kämpfe unter Ausschaltung der Gewerkschaften in den einzelnen Betrieben gelegt, so ist mindestens für die Gewerkschaften sicher, daß die Arbeiterklasse in jeder Zeit nicht mehr als sozialdemokratische Gewerkschaften, sondern mit kommunistischen Betrieben zu tun haben werden.

Mit Genugtuung wird deshalb der oben angeführte Teil der Resolution von den Gewerkschaftsstrukturen und von den Unternehmern begrüßt werden. Kann aber jetzt schon kein Zweifel darüber bestehen, daß das Nichtstun der Arbeiter ein Schritt dazu ist, die Vertreter der stehenden Arbeiter aus den Betriebsvertretungen überhaupt auszuschalten.

Die Lage ist vollkommen klar. Klar ist aber auch ohne weiteres, daß gerade solche Handlungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsstrukturen der Arbeiterkraft den Sinn ihrer 'Politik' preisgeben. Denn geschichtlich gesehen haben große Teile der sozialdemokratischen Arbeiterklasse geglaubt, daß das Betätigungsfeld politischer Interessen wäre. Dieses Gefühl war gleichzeitig ein Schritt bei dem demokratischen Kampfe. Durch die in jedem Jahre vorgenommene Neuwahl der Betriebsräte, wobei die Arbeiter und Angehörigen ihren Willen durch die Stimme des Stimmzettels zum Ausdruck bringen konnten, wurde der Schein der Demokratie gewahrt. Durch den Verlust des Frankfurter Gewerkschaftskongresses, der jetzt von der Regierung realisiert wird, werden die Arbeiter allerdings eines anderen bekehrt.

Die Arbeiter- und Angestelltenkraft steht nunmehr in den Betrieben vor wichtigen Aufgaben. Noch nie ist die Schaffung eigener Organe so klar und so dringend gemeint, wie gerade jetzt. Die Verantwortung für die soziale Verantwortung muß sein, überall sozialistische Betriebsvertretungen zu bilden, gleichzeitig überall in verstärkter Weise die Betriebsbewegung auf dem Boden der rauen Einheitsliste zu fördern. Das wird die beste Antwort sein. Damit werden wir die rote Einheitsliste in den Betrieben lähmen.

## Hausdurchsuchungen beim Kampfband gegen den Faschismus

Ergebnis läßt das Extrablatt der 'Janfars' mit dem Wortprogramm der Nazis beschlagnahmen

Berlin, 11. Dezember.

Heute vormittag erschienen bei der Reichsleitung des Kampfbundes gegen den Faschismus Beamte der Abteilung I und durchsuchten die Arbeitsräume nach verbotenen Schriften. Im Auftrag der sozialdemokratischen Polizeipräsidien wurden 100 Exemplare einer Sonderausgabe der 'Janfars' mit dem Wortprogramm gegen den Faschismus beschlagnahmt. Der Begründung, daß die Zeitung das Programm des Nazi-abgeordneten Dr. Best enthalte. Eine Verbreitung dieses Dokumentes sei eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung!

Kommentar überflüssig!

## Wer wird verboten und wer nicht?

Gleichzeitig mit der 'Neuen Janfars' wurde die Nazi-Zeitung 'Der Angriff', die in Berlin erscheint, verboten. Weiterhin wurde auch das Verbot der kommunistischen 'Kämpferzeitung' bekannt. Heute meldet uns das amtliche Telegramm-Büro aus Berlin folgende:

Das Verbot der 'Berliner Kämpferzeitung' und des 'Angriff' ist vom Innenminister mit sofortiger Wirkung wieder aufgehoben worden. Beide Zeitungen dürfen danach ab heute wieder erscheinen.

## Demonstrationen in Neudörfen

Die bürgerliche 'Berliner Volkszeitung' meldet am 11. Februar:

Gegen 11 Uhr hatte sich ein Trupp von etwa 100 arbeitslosen Wahlberechtigten in Neudörfen auf dem Marktplatz versammelt, die eine drohende Stimmung gegen die Polizei einnahmen. Das herbeigeeignete Hebeschlundband überführte das Rathaus aus dem Gewerkschaften mit dem Sammelplatz. Vor dem Rathaus ließ die Demonstration fest, bei der die Gewerkschaften über die Polizei und Regierung ausbrachten. Mehrere Unzufriedenheiten erzielten, bei der Streik mit dem Sammelplatz überführten und einige Demonstrationen leiteten konnten.

## Demonstrationen in Braunschweig

In Braunschweig, 10. Dezember. Am Donnerstag abend kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu Zusammenkünften von kommunistischen Gewerkschaften, die die Arbeit hatten, sich zu zeigen ununterbrechbar und in der Streik der Stadt Arbeiter zu versammeln. Die Polizei ließ die Teilnehmer auseinander und verhinderte so größere Zusammenkünfte.

# Die Preise steigen!

Preisüberwachungsamt Berlin gegen Preiswahn - Willkürpreise in Berlin am 15. Dez. 1932

(Fig. Draht.) Berlin, 11. Dezember.

Die Preise für Mehl, die nach Berlin zur Befreiung gelangt, sind für die Woche vom 11. bis 17. Dezember für Mehl vom 12,6 auf 14,6 Pfennige erhöht worden. Das sind 16 Prozent! Für die gleiche Mehl beträgt der Preis 15 Pfennige oder 15 Prozent mehr als in der Vormo. Vollständig beschaltete Mehl wird 16,3 Pfennige oder 14 Prozent mehr kosten.

## Auch die Getreidepreise?

Ueber den 'Preiswahn' lassen wir die Tatsachen sprechen: Von August bis Dezember dieses Jahres ist der innerstädtische Preis für Weizen um 32 Prozent, für Roggen um 29 Prozent und für Gerste um 16,8 Prozent gestiegen. Preissteigerungen hat sich natürlich auch der Weizenprei verzeichnet.

# Solidarität der Werttätigen im Kampf

Folgende Beispiele von Solidarität der Werttätigen können aus der letzten Zeit genannt werden.

## Gesellenstreik in Nordwest

Die werttätige Bauerschaft aus Goldenstedt bei Cloppenburg, einer rein katholischen Ortschaft, sammelte sich auf der Forderung der ZAH (Bezirk Bremen) 20 Zentner Kartoffeln, 10 Saß Kohl, 8 Saß Wirsing und Stiefeln, 3 Saß Zwiebel, 2 Saß Speck, 5 Pfund Zucker und große Mengen Brot. Die Bauern wollten außerdem zum Beleg für eine großen Streikführung der Schule, Hausarbeiter und Dienstmädchen.

## 15 Solidaritätsstunden für die Affiarbeiter

In Berlin streikten zehnmalige Arbeiter gegen Lohnraub, die weißen Pfaffen in und um Groß-Berlin wurden durch den Streik kündigt. Die Internationale Arbeiterliga organisierte sofortige Solidaritätsstunden und erzielte innerhalb weniger Tage 15 Solidaritätsstunden, in denen rund 20 000 Eisenportionen

## Die rote Einheitsfront 45 Jahre SPD, jetzt SPD

Steinbock (Schlesien), mit 20 Arbeitern, darunter vielen Sozialdemokraten, trat ein seit 1885 in der SPD organisierter Arbeiter zur SPD über.

Erst am 25. Juni dem Einheitskongress der Arbeit, und Arbeiter trat der 25 Jahre in der SPD organisierte Funktionär Budbich (Erfurt) zur SPD und dem JB über.

# Kommunisten schützen Erwerbslose

Verbot von Ermittlungen und Forderungen bei Erwerbslosen gefordert

In der Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages vom 10. Dezember fanden folgende Forderungen der Kommunisten zur Beratung:

1. Nahrungswerte gegen Erwerbslose wegen Preissteigerungen, die nach Eintritt der Erwerbslosigkeit rückwärts geworden sind, dürfen nicht vollstetig werden;
2. Gartenhäuser, Wohnhäuser, Wohnungen und ähnliche Einrichtungen, die vom Schuldner oder seinen Angehörigen als ständige Unterkunft benutzt werden, sind unpfändbar.

Der Genosse Käbel begründete diesen Antrag eingehend und setzte auf, wie sich die Fälle von Ermittlungen infolge der großen Erwerbslosigkeit, des Abbaues der Unterhaltungen hüten. Er wies auf die furchtbaren Auswirkungen hin, insbesondere für die Kinder in den Familien hin. Nur das einseitige Verbot von Ermittlungen und Pfändungen könne die Erwerbslosen schützen. - In der Abstimmung wurde das Verbot der Ermittlungen abgelehnt. - Punkt 2 wurde angenommen.

Die kommunistische Reichsdelegation wird weiterhin auf Mächtig gegen die Ermittlungen und Pfändungen auftreten.

## Stahlhelm beschwert sich bei Hindenburg

(Fig. Draht.) Berlin, 12. Dezember.

Die Bundesvorstände des Stahlhelm, Weidte und Döberberg, waren gestern beim Reichspräsidenten, um eine Befreiung des Stahlhelms über das Militärrecht zu erwirken. Selbstverständlich ist für den Stahlhelm diese Befreiung nur eine Formelle, denn man hat schon bei allen Uniformverboten erklärt, daß sich die reaktionären Organisationen aus solche Verbote nicht kümmern.

## Stahlhelm und 'Hallische Nachrichten'

Gestern ereignete sich folgendes: Die Stadthausführung Halle des Stahlhelms hatte den bürgerlichen Wählern eine 'geheimliche' Protestklärung gegen das Uniform- und Abzeichenverbot zusammen gefaßt. Darin waren die 'Hallische Nachrichten' gegen die Reichsregierung enthalten. Am letzten Sonntag hat den Redakteuren der 'Hallischen Nachrichten' vor sozial. Justizminister wurden abgeholt, die präherliche Kampfmachine des Stahlhelms herausgenommen und in einen Kasten, nachdem in einem Brief umgeben. Dadurch wurde zwar geteilt die Herausgabe des Schmelzblattes um einige Stunden verzögert, aber der Zensuratschick hat immerhin geteilt. So, Frontistengeist und 'jüdischer Geldschick' - die Entlassung fällt auf bei den teutlichen Patrioten in immer zugunsten des letzteren aus.

## Schlichter für die Berliner Metallindustrie angernien

(Fig. Draht.) Berlin, 12. Dezember.

Gestern fanden zwischen den Berliner Metallindustriellen und den Vertretern der Gewerkschaften Ber-

linen statt. Die Verhandlungen über die Preissteigerungen im Metallbereich sind im Gange.

## Was sagt Reichskommissar Dr. Goerdeler?

Der Reichskommissar für Preisüberwachung führte in einer Preisbesprechung, die gestern abend in Berlin stattfand, ein. Er sagte es ab, sich als Preisfestsetzungsamt zu bezeichnen zu lassen. Er sagte, die Preise könnten nicht einfach durch die Regierung festgesetzt werden. Nur wenn bei der Bildung der durchgesetzten Preise die Willkür entgegengewirkt, müßte die durchgesetzten Preise... Zunächst soll eine Prüfung der Preis- und Preissteigerungen der Preisfestsetzungsamt und der Streikfähigkeit und Gespräche vorgenommen werden.

Wir haben diese Meldungen aus verständlichen Gründen kommentarlos wieder.

Die Verhandlungen über die Preissteigerungen im Metallbereich sind im Gange.

für die Streikenden ausgegeben wurden. Außerdem wurde ein Teil der Familienangehörigen und vor allem die Kinder durch Lebensmittelkarten unterstützt. Teilweise erfolgte ein Nachlass an den Streikenden für die Kinder. All dies waren Solidaritätsleistungen, die die ZAH unter der Berliner Bevölkerung viele neue Freunde gewonnen.

## Gängende Solidarität für Hanauer Metallarbeiter

In Hanau liefen seit drei Wochen die Metallarbeiter der Firma 'Ouestamp' (140 Mann) und der Firma 'Kraus' (180 Mann) im Streik. Die ZAH hat sofort eingegriffen und die Verpflegung der Streikenden übernommen. Der Bezirk wurde Solidaritätsausgaben gebildet und die Sammlung gegen den Streik organisiert. In Hanau wurden zwei Kisten Eisen, die täglich für 500 Kisten Eisen herausgegeben. Die Sammlungsergebnisse zeigen die gängende Solidarität für die im Kampf gegen Lohnraub streikenden Metallarbeiter. Vorbildlich wurde in allen Ortsgruppen und Stadtteilen gemeldet. In allen Betrieben wurde Solidaritätsaktion Stellung genommen und das Ergebnis der Arbeit unter der Bekämpfung.

## Bauern und Mittelständler helfen Älter Metallarbeitern

Mit dem Streik der Älter Metallarbeiter liegt die Unterstützung der Internationalen Arbeiterliga ein. Die ZAH der ZAH verlor den kämpfenden Metallarbeitern die Lebensmittel. Ziel aus dem Vergleichsland hatten sich die Metallarbeiter erheben mit den streikenden Arbeitern und letzten Tage Gemüse und Kartoffeln für die Älteren der ZAH. Deswegen wurde ein sehr großer Teil der Lebensmittel die Arbeiter der regelmäßige Belieferung mit Lebensmitteln sowie besondere Bemühungen.

## Handlungen über den neuen Lohnraub auf Grund der Resolution

Es kam jedoch zu keiner 'Einigung'. Deshalb konnte man darüber keinen Bericht abgeben. Die ZAH hat die ZAH der ZAH verlor den kämpfenden Metallarbeitern die Lebensmittel. Ziel aus dem Vergleichsland hatten sich die Metallarbeiter erheben mit den streikenden Arbeitern und letzten Tage Gemüse und Kartoffeln für die Älteren der ZAH. Deswegen wurde ein sehr großer Teil der Lebensmittel die Arbeiter der regelmäßige Belieferung mit Lebensmitteln sowie besondere Bemühungen.

## Nazi-Manöver in Hessen

Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum im Gange

(Fig. Draht.) Darmstadt, 12. Dezember.

Nachdem die Nazis mit dem Zentrum Verhandlungen über eine Koalitionsgovernment aufgenommen hatten, hatten sie gemeinsam mit den Deutschnationalen einen Antrag gegen die bisherige Regierung eingebracht, der gestern zur Abstimmung gelangte. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Nazis und Deutschnationalen gegen die Regierung angenommen. Die Abstimmung dieses Antrages hat in der letzten Sitzung der hessischen Regierung auf Grund der jetzigen Verhältnisse in Hessen den Handlung gebildet ist.

## Verstärkter Nazi-Terror

Die bürgerliche 'Hessische Zeitung' meldet in ihrer Ausgabe vom 11. Dezember:

Nach Mitternacht wurde das Café Erben in der Friedrichstraße 118 von SA-Leuten überfallen. Ein großer Teil der Einrichtungsgenstände wurde demoliert. Vor dem Café auf der Straße ließen die Nationalsozialisten über Pöbeln den Verhaftungen mehrere Schüsse abgeben und brachten einen Mann zum unteren Hofe eine schwere Körperverletzung bei.

Wieder ein Fall, wo der Lebenslauf der von ihren jüdischen Angehörigen Nazionden nicht abgelehnt werden kann.

## Kurze politische Meldungen

Die Ausprägung von hundert Millionen Mark neuer Scheinmünzen ist gestern durch den Reichstag genehmigt worden.

Der Schweizer Bundesrat teilt mit, daß neue Einzahlungen in großem Umfang geplant sind.

In Estia wurde eine Agrarkonferenz der mittel- und osteuropäischen Agrarstaaten eröffnet. Die Eröffnung erfolgte im Gegenwart des bulgarischen Königs Boris.

Das japanische Kabinett ist nach einer kürzlich verletzten Sitzung gestern zurückgetreten.

Eine große Verhöhrung wurde auf dem Philippinen-Inseln gegen die Regierungsbefehle erbeut. Maßnahmen ergreifen folgten.

Eine königliche Tat der Bundesjustiz, die an zwei Regern vorgenommen wurde, wird aus West-Virginia gemeldet.

Rotwe...  
Kampfbund...  
Kommunisten...  
Erwerbslose...  
Stahlhelm...  
Nazi-Manöver...  
Verstärkter Nazi-Terror...  
Kurze politische Meldungen...  
35

# Weitere Verbesserung des Lebens der Jangarbeiter der Sowjetunion

Moskau, 12. Dezember. Es wurde ein Beschluß des ZK der Sowjetunion über die Arbeitsorganisation und die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Jangarbeiterität beschlossen. Der Beschluß heißt es: Die rasche Entwicklung des sowjetischen Aufbaus hat die Lebenshaltung der Arbeiter und der gesamten werktätigen Jugend erheblich verbessert. Das der richtigen Durchführung der Politik der Sowjetunion ist in der Sowjetunion die Arbeitsorganisation der Jugend in den Betrieben der sozialistischen Produktion außerordentlich gemacht und in noch weiterer Verbesserung. So waren im Jahre 1931 insgesamt 1,2 Millionen Jangarbeiter in den Produktionsunterricht und in der Produktion in den Betrieben einbezogen gegenüber im Jahre 1929. Der Arbeitslohn ist gestiegen. Die Unterbringung der Jangarbeiter ist in noch weiterer Verbesserung. Die entsprechenden Maßnahmen von 16 Millionen Rubel im Jahre 1930 auf 40 Millionen Rubel im Jahre 1931 weiter ausgebaut worden.

Die rasche Steigerung der auf den Kampf für den sowjetischen politischen Aktivist und der körperlichen Gesundheit der Arbeiterjugend bei, während die Arbeiterklasse die Jugend in der von einer schweren Wirtschaftskrise betroffenen kapitalistischen Welt schonungslos ausbeutet, Hunger und Tod zu bereiten.

In der gegenwärtigen Epoche des sozialistischen Aufbaus ist es Aufgabe, die sozialistischen Formen der Organisation und der Unterbringung der Jugend auf eine höhere Entwicklungsstufe zu bringen, in ihrer ganzen Größe auszuführen. Dies zu tun, heißt das ZK der KPSU eine Reihe konkreter Maßnahmen vorgeschrieben, um.

Zunächst der Umstellung der Industrie und des Transportwesens auf den Sechsstunden Tag soll der besten gesundheitlichen und Arbeitszeit (3/4 Stunden Arbeit, 1/4 Stunden Ruhe) mit Hilfe der Beleuchtung eingeführt werden. Die Arbeitszeiten sind die Aufnahme von Jugendlichen bis zu 16 Jahren verboten. Das bestehende Verbot der gesundheitsschädlichen Arbeit soll revidiert werden, und die Jugendlichen für industriellen Lehrlingsarbeit oder Gesundheitsberufstätigen Arbeit nicht verboten. Die gesundheitliche Kontrolle eine ärztliche Untersuchung mindestens einmal jährlich obligatorisch für Jugendliche soll eine besondere Sicherheitsüberprüfung festgelegt werden.

erner sieht der Beschluß des ZK der KPSU verschiedene Maßnahmen zur richtigen Organisation der Sicherheitsarbeit in den Betrieben und Schulen und die Bildung von Jungkommunisten zur Verfügung und zur Verbesserung der Sicherheitsarbeit im Hinblick der Betätigung vor.

Das ZK weist alle Komitees und Zellen an, allerorts die Einhaltung familiärer Arbeitsbedingungen zu kontrollieren, im Falle ihrer Verstöße die unmittelbare Schuldigen festzustellen und sie zur persönlichen Verantwortung zu ziehen, wobei in den meisten öffentlichen Gerichtsverhandlungen abgeurteilt werden.

## Für Hungernde nicht zu sprechen Der Hungermarsch von Washington

Washington, 12. Dezember. Die Teilnehmer des Hungermarsches unter dem Slogan der „Internationalen der Hungernden“ am 10. November des Rückmarsches sind eine hart besetzte Besetzung hat, an der mehrere tausend Washingtoner Arbeiter teilnahmen. Die Teilnehmer besetzten das Verbot des Hoover's und des Kapitols, die sich weiterten, die Arbeitslosen zu empfangen. Die Besetzung entwarf die Pläne der weiteren Vertiefung des Kampfes um die Erwerbslosenunterstützung. Im Weichen mit den Präsidenten treffen zahlreiche Telegramme von den Arbeitslosenorganisationen verschiedener Städte ein. Alle protestieren gegen, daß Hoover sich geweiht hat, die Arbeitslosen zu versorgen.



## A-SCHARRER Der große Betrug

Er ging als einer der letzten vom Hof. Keiner hatte ein Wort für ihn übrig. Keiner drückte ihm die Hand. Vor dem Tor kam ein Portier auf ihn zu. „Wohin bist du gehend. Sollte vielleicht alles auf einem Tisch stehen stehen, der Portier ihm eine Mitteilung von Herrn übermitteln.“ „Kommen Sie mit,“ sagte der Portier. „Wohin gehen Sie?“ „Zurück zum Hof.“ „Was wollen Sie denn? Waschen Sie aus!“ „Was? Waschen Sie aus?“ „Wohin gehen Sie?“ „Zurück zum Hof.“ „Was wollen Sie denn? Waschen Sie aus!“ „Was? Waschen Sie aus?“ „Wohin gehen Sie?“ „Zurück zum Hof.“ „Was wollen Sie denn? Waschen Sie aus!“ „Was? Waschen Sie aus?“

# Politische Massenstreiks in Spanien

## Die Arbeiter streiken gegen Kohraub und Hungerprogramm der Regierung

Madrid, 11. Dezember. In Saragossa, in Gijon und einer Reihe anderer Städte sind die spanischen Arbeiter in den Generalstreik getreten. Sie verlangen Rücktritt der Regierung, die den Arbeiterklassen immer wieder Kohraub und neue Steuern auferlegt und nicht fähig ist, die wachsende Arbeitslosigkeit einzufangen und der Not von Millionen zu wehren.

Es bereits herangezogen worden. Die Behörden haben Mittel angefordert. In Saragossa kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei, wobei ein Arbeiter getötet und zwei Polizisten schwerverletzt wurden.

## Mcala Zamora Staatspräsident

M. Madrid, 11. Dezember. Die spanische Nationalversammlung wählte am Donnerstag Mcala Zamora zum Staatspräsidenten. Er erhielt 892 Stimmen von insgesamt 410. 35 Abgeordnete gaben keine Stimme ab, 31 Stimmen verteilten sich auf Soler, Ananua, Arjaga und Collo. Zamoras Wahl ist somit rechtslegitim.

# Völkerbund sichert Japans Raubzug

## Pazifist Ratstagung beendet — Japan behält vollkommen freie Hand

Paris, 12. Dezember. Die Völkerbundtagung über den Krieg in der Mandchurei wurde mit einer fastschmerzhaften Entscheidung beendet, die Japan noch einmal vollkommen freie Hand für die Weiterführung seines Raubzuges in der Mandchurei gibt.

Zwei japanischen Infanteriebataillone demarshiert werden, die von Luftstreikräften unterstützt werden müssen. Die japanische Regierung hat 28 Millionen Yen für die Bewachung der Bahn zur Verfügung gestellt. Außerdem soll eine besondere Militärpolizei für die Strecke Madschun-Tschangschun für den Kampf gegen die Banditen gebildet werden.

## Japanische Regierung zurückgetreten

Tokio, 12. Dezember. Das japanische Kabinett hat in einer Nachtigleinen Sitzung beschlossen. Der Regierungsrat hat beschlossen, um einem noch aggressiveren reaktionären Kabinett Platz zu machen. Zwischen der jetzt zurückgetretenen Regierung und dem japanischen Generalkonstab befinden in der Frage der Überwindung der Mandchurei harte Differenzen der Art, daß das Kabinett Einwendungen Amerikas und Englands gegen zu aggressiven Handlungen fürchtet, während der Generalkonstab auf Verschärfung der kriegerischen Maßnahmen besteht.

## Studentenanfrage in Shanghai

Shanghai, 11. Dezember. Der Bürgermeister von Shanghai, General Jangschang, hat von den des Reichs belagerten Studenten gezwungen worden, seinen Rücktritt zu erklären. Die Studenten verlangen von der Regierung die Abschaffung der Entscheidung des Völkerbundes in der Mandchurei. Sie drohen, einen Generalstreik zu proklamieren und nach Hankow zu marschieren.

in die Menge. Eine Person wurde getötet und 50 Demonstranten verletzt.

Im belagerten Maschinenbau werden die Löhne ab 15. Dezember um 2% Prozent und ab 15. Februar 1932 um weitere 2% Prozent herabgesetzt.

Das englische Unterhaus lehnte am Donnerstagabend den von der Arbeiterpartei eingebrachten Militäraussetzungsantrag mit 400 gegen 44 Stimmen ab.

Der englische Außenminister Henderson ist in Cannes eingetroffen.

Der polnische Außenminister Jaleski hat sich zu politischen Verhandlungen nach London begeben.

## Kurze Auslandsnachrichten

In der oberbergschleichen Industrie werden am 15. Dezember wiederum etwa 2000 Arbeiter entlassen. Mehrere Werke haben die zeitliche Arbeiterhilfe auf eine Zeit von drei Monaten beantragt und wollen die beurlaubten Arbeiter höchstens ausstatten.

Die Arbeitslosenfrage in Cilestreich ist nach der amtlichen Statistik in der zweiten Novemberhälfte um 22.700 auf 273.958 gestiegen. Es handelt sich hier nur um die unterliegenden Arbeiter.

Die Sitzung des Parlaments in Chile wurde von einer großen Volksmenge gestört. Die Räumung der Tribünen gegen die Unruhen auf der Straße fort. Die Polizei feuerte

## Generalkrieg in Cowpore

Bombay, 12. Dezember. Aus Bombay wird berichtet, daß im größten Industriestrom Indiens, Cowpore, der Generalkrieg ausbrach. Es streikten 400 Arbeiter der Zement-, Stahl-, Holz-, Leder- und anderen Fabriken. Im Kohlenbergbau sind viele rote Fahnen ausgehängt. Durch die Straßen patrouilliert Militär. Im Zentrum sind Besammlungen verboten.

„das muß ich erst verkauen.“ Seine Hände lagen schwer auf ihr und seine Finger umklammerten sie für die Rechnung ihre Schulden. Als er sie losließ, ging sie schweigend in die Küche und räunte den Tisch ab.

„Hat denn Vater schon gegessen?“ fragte Hilbe. „Er mag nicht!“ „Was?“ „Er ist hierher kommend auf das Paket. Hat er Feierabend bekommen?“ „Ja!“

III. Im anderen Morgen fand Hilbe, wie immer, um sechs Uhr auf. Keiner brühte ihr Hilbe und Erich Kaffee auf. Hilbe arbeitete im „Deutschen Hilfsverein“. Erich lernte Buchdrucker.

„Wohin du denn schon aufbleiben?“ fragte Margot als Erich und Hilbe fort waren. Es ist doch kalt hier in der Küche. Wir haben keine Kohlen mehr. Herber geht nicht in die Schule. Ich möchte mich nach ein bißchen hinlegen.“

„Warum geht Herber nicht?“ „Die Schule wurde gestern mit Soldaten besetzt.“ Margot legte Brot und Marmelade in den Schrank zurück und wuschte Tisch und Messer ab.

„Wohin du denn schon fortgehen?“ forschte sie weiter. „Ich warte auf die Zeitung.“

„Berluchtete Streikerei!“ — Werden nicht eher Ruhe geben, die sie verhängen. Müdig nur wollen, was sie eigentlich wollen?“ Hilbe tappte nervös in der Küche auf und ab.

„Hat denn das arme Volk nicht genug für andere geschuldet und gehungert?“ antwortete Margot sornig. „Für die Rinde die Karl und Holz umgebracht haben und schon wieder frisch. Deutschland, Deutschland über alles!“

„Wollen denn die Spartakisten etwas anderes, als die Schwärzler?“ Sie klappte seine gegen die Republik. — Die Schwärzler würden nicht ohne die Spartakisten.“ Hilbe hielt inne und horchte. Schmers Träne trauten im Haar. Über die Treppen Margot ist die Tür auf. Eine bewaffnete Patrouille ging die Treppe hoch und trommelte an Helene's Tür.

„Wo ist Ihr Mann?“ Ihre jetzt einer.

„Ich weiß es nicht!“ Margot war hinaufgeklaut und stand nun mit Kopfbedeckung neben Helene.

„Dann müssen wir Sie mitnehmen!“

„Ich muß mich der Gewalt fügen.“ — Margot, nimm Klaus zu dir. Wenn Karl vielleicht nicht wiederkommt und sie auch mich umbringen sollten. . .“

„Sollten Sie Ihr freches Maul!“

„Märe ich die erste Frau, die Ihr umbringt von den Wärtern ganz zu schweigen?“ Helene öffnete ihre Bluse und wollte ihrem Jungen die Brust geben.

„Reche Hure! Sollen wir dir das unverschämte Maul klopfen?“

„Ihr nennt ja auch die Huren, die Ihr erst verzeuget.“

Da erhielt sie einen Stoß, daß sie mit ihrem Kinde zusammenfiel und vor dem Sofa liegen blieb.

„Erdmühsche Feiglinge!“ Ichte Margot nun und half Helene aufstehen. „Kannst du immer nur auf arme Teufel losgehen? Warum wollst du dir erst fortsetzen? Erstickst sie doch gleich hier!“

„Im Hof und auf den Treppen lamellen sich bedrohlich viel Menschen an. Der junge Truuant machte ein hilfloses Gesicht.“

„Sie haben selbst Schuld.“ lenkte er ein. „Warum proudest du?“

„Dann verdammbste ich mich selber mit dem Unteroffizier.“

„Ich“ befehlt dieser den Rindergesichtern unter dem Stahlschirm. Sie nahmen wider Erwarten von der Verhaftung Helene's Abstand. Als sie gingen, traten die im Hof und auf den Treppen stehenden Männer und Frauen beiseite, als würden sie vor giftigen Schlangen aus.

Zwei Stunden später ging Hilbert. Er wollte zum Arbeitsnachweis. Vor dem Depot der Straßenbahn fanden Soldaten zum Schutz der Arbeitsmittler. Durch die Fronttruppe liefen marschierenden Regimentsgruppen. Sie sangen patriotische Lieder und trugen eine rote schwarzmelirte Fahne unter. Hat den Augenwinkeln mühsam die breite Schlangen von Menschen auf um. Der Generalkrieg war proklamiert. (Fortsetzung folgt.)



# Aus der Arbeit der R.G.O.

## Notverordnungsbindnis der Gewerkschaftsführer

Die Gewerkschaften sollten sich zur Durchführung der Dränging-Politik organisatorisch vereinigen. — Arbeiter, legt ihnen die dreifache rote Einheitsfront entgegen!

Seit längerer Zeit werden Verhandlungen über eine organisatorische Vereinigung der christlichen, kirchlich-Demokratischen und „freien“ Gewerkschaften geführt. Bei der Durchführung der neuen Notverordnungsbindnis wollen die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten. Die Notverordnungsbindnis der Gewerkschaften sollte die christlichen, kirchlich-Demokratischen Gewerkschaften enger als je zusammenarbeiten.

## More Fronten in Leuna

### Bankrotterklärung der reformistischen Bürokratie — Gegen Lohnabbau u. Entlassungen Bonzen machtlos — Schafft die rote Kampfeinheit auf der ganzen Linie

U. A. Am Donnerstag fand in Leuna, der sogenannten Hofsburg der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie, die angelegte Belegschaftsversammlung statt. Bei Beginn waren 50-60 Leuna-Arbeiter und Angehörige zugegen; zum Schluss der Versammlung wurden es immer weniger. 6 Gewerkschaftsangehörige und reformistische Betriebsräte folgten dafür, daß viele der Anwesenden zum Saale hinausgedrängt wurden. Aber trotz aller Anstrengungen konnte die Gewerkschaftsbürokratie in dieser Versammlung nicht, woher sie sich die größten Besprechungen machte, seine Erfolge blicken lassen.

Schon die Aufgabe, daß in der Großgewerkschaft Leuna-Röhren, die 6000 Einwohner hat und davon 2500 noch in Leuna Beschäftigte, die größtenteils in Werkswohnungen wohnen und die von der SPD und Gewerkschaftsbürokratie dauernd beeinflußt wurden, nur im allerhöchsten Maße 60 Kollegen in die Versammlung kamen, beweist schon, daß das Vertrauen zur sozialdemokratischen Führungskraft auch in Leuna-Röhren gänzlich erschüttert ist.

In Diskussionen vor und nach der Versammlung haben die Arbeiter wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sogar noch in der SPD organisierte Kollegen es ablehnen, in die Versammlung zu kommen, weil sie gegen die Politik der Bürokratie stehen. Diejenigen, die mit der kommunistischen Partei und den roten Betriebsräten sympathisieren, können es in der Arbeitslosezeit noch nicht wagen, sich offen zur roten Kampfeinheit zu bekennen.

Der ganze Versammlungsverlauf war ein einziges Eingeständnis des Bankrotts der Gewerkschaftsbürokratie. Aber der Herren Verbandssekretäre hatte eine andere Linie. Die offene, scharfe Schreibweise des „Klassenkampf“ und das ruhige, sachliche Auftreten der

mit einer Sozialdemokratie bekämpfen, dann müßten wir neben das Leuna-Wert noch ein anderes Leuna-Wert bauen, „bloß um Leute zu beschäftigen“. Produzieren könnte aber das neue Wert nicht, weil das alle Wert noch nicht mal ausgenutzt werden könne. Alle diese Hingehänge wurden in den nachfolgenden Ausführungen der roten Betriebsräte zunächst gemacht. Der rote Betriebsrat Gemelle Diefelke sollte ganz besonders das Problem der Sozialdemokratie vor allen Dingen auch die Sozialpolitik in Gemietehaus auf. Der Gemelle Diefelke wie der Gemelle Diefelke sollten die Ausführungen der Gewerkschaftsbürokratie zusammenfassen, die wiederum darauf angelegt waren, die Festigung und Vertiefung der roten Kampfeinheit in Leuna-Wert zu verhindern, zu isolieren.

Auch früher vom Fabrikarbeiterverband hatte sich in der Rednerreihe der Gewerkschaftsbürokratie herorgehoben. Er grenzte sich von den anderen ab, die die Einheit nur unter Führung der SPD und der Gewerkschaft wollte. Er meinte, man müßte sich um „Organisation zu Organisation verständigen“ und ehrlieh miteinander beraten, was man nun zu tun geneigt ist!

Alles in allem, sämtliche Ausführungen der Reformisten waren das Eingeständnis ihrer völligen politischen Pleite.

Das bemerkenswerteste Eingeständnis für die Letztere Entwidlung in Leuna hatte der sozialdemokratische Anstaltsekretär Müller gemacht, der davon sprach, daß Leuna-Wert gegen den Sozialismus in Leuna bevorzugen; über die Zahl sei aber noch keine Angaben gemacht worden, daß würden es erhebliche Entlassungen sein! Auch er kam zu dem Schluß, daß man praktisch nichts dagegen unternehmen könnte.

Gegen Wittermann kam die Resolution der roten Betriebsräte zur Abstimmung. Es fanden sich anfänglich kaum einige Kollegen, die dagegen stimmten; da sprach Walter auf und brüllte: „Gewerkschaftslogen, alles dagegen stimmen!“ Er verurteilte auf die Anwesenden einen förmlichen Druck auszuüben. Der rote Betriebsratvorsitzende stellte Annahme der Entlassung der roten Betriebsräte fest, die Bürokraten protestierten. Es entstand ein unangehörer Sturm, für die zweite reformistische Entlassung fand sich dann auch ein Teil Kollegen, der doch stimmte. Walter behauptete, es seien 42 gewesen. Doch soviel waren kaum noch Anwesende da. Ein genaues Stimmenergebnis ließ sich überhaupt nicht feststellen. Wie der Getränke aus einem Strohhalm zu flammern sich die Bürokraten an die Behauptung, daß ihre Entlassung doch angenommen worden sei.

Für die Leuna-Befreiung ist diese Frage absolut unbedeutend. Es geht nicht um die Entlassung der Gewerkschaftsbürokratie, es geht um die mitleidige Kampfmobilisierung der gelamten Leuna-Befreiung. Die Bankrotterklärung der Bürokraten in ihrer Hochburg Leuna stellt sich uns in aller Schärfe die Aufgabe, mit der größten Aktivität die rote Kampfeinheit gegen Leuna-Könige und Palastherrscher herzustellen. Die Bonzen, die in den ersten Befreiungsvorparliamenten die Rolle der gelochenen Faschisten übernehmen, treten in Leuna nun etwas früher.

Aber ganz offen haben sie sich auch in Leuna als Gegner der roten Einheitsfront entpuppt.

Die Bürokraten wollen keinen Kampf, sie helfen den Leuna-Königen Lohnabbau und Entlassungen funktionieren, sie wollen die „Arzte“ des Kapitalismus sein wollen. Die Fronten sind wiederum klar: Schafft die rote Kampfeinheit gegen die Chemiegewerkschaften und ihre Catanen, die in den verschiedenen Farben schillern!

## Schafft die rote Kampfeinheit auf den Domänen der Junker

U. A. Die Krautzunker, vornehmend auf das „Dritte Reich“ orientiert, haben ein Regiment auf den Domänen und Gütern aus, das für die Landarbeiter die fortschrittliche Auebeutung und Willkür bedeutet. Die Landarbeiter wollen sich wehren. Die gelamte veräuferte Bevölkerung des ländlichen Landes muß ihnen helfen.

Auf den Gütern im Saalekreis, besonders in Nauendorf und Prißler, herrschen beispiellose Zustände. Bei einem Krautzunker in Nauendorf wurden die Landarbeiter gezwungen, einen Revers zu unterschreiben, daß ihnen keine Erwerbslosenunterstützung mehr abgezogen werde. Der Junker sicherte ihnen eine halbjährige Kündigungsschutz. Der Anstaltsekretär war, daß sich der Junker aber nicht daran setzte und am 1. Dezember zum Landarbeiter das Arbeitsverhältnis angeheißt wagen „Arbeitsmangel“ kündigte.

Im Frühjahr wird er schon wieder Kräfte brauchen. Nun sitzen die Landproleten da ohne Interaktion!

Der Fall der zwei Landarbeiter muß zur Kampfrufe der gelamten Nauendorfer Arbeiterkraft gemacht werden.

Auf dem Jagelischen Gut in Prißler hat der Stahlhämmermeister einen ausgehungerten Stahlhämmermeister und mehrere Frauen und Mädchen entlassen. Jetzt greifen es diese Kollegen, daß sie während der Ernte noch besser und gelochener zusammenhelfen müssen. Damals verurteilte der Stahlhämmer revolutionäre Arbeiter ins Gefängnis zu bringen. Er mußte. Für die Zukunft heißt es, auf neue Wege Kampfmobilisierung herzustellen.

Auf der Domäne in Gannow, Rittergut Klesmann, wurde ein Jettel ausgehängt, monach am 1. Januar 1932 alle Knechtsempfänger zu Hause bleiben lassen!

Die Arbeiter im Draufhof sollen im Tagelohn dreifach. Nun, das Dreifach ist im Gange. Die längsten Arbeitskräfte für 14

## Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

Bis 15 Jahren wurden dabei verwendet. Die älteren Landarbeiter gehen mit Schippe und Spaten und verrichten irgendeine Arbeit. Daraus wird die Entlassung. Bei dem Rittergut Schreiber in Gannow kommen die Pferde mittags nicht mehr in den Stall. Von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags geht die Schulfreie durch. Die Frauen müssen ihren Mannern das Essen überal nachtragen.

Fundelohne und schlechte Behandlung, das ist der „Inhalt“ des Lebens eines deutschen Landarbeiters.

Ster kann es nur aus geben: bessere revolutionäre Arbeit auf dem Lande geleistet und zum letzten Bollwerk der rote Einheitsfront gemacht.

**RG O**  
**Bergbau  
 Chemie  
 Metall**  
 das ist die Front, an der es in erster Linie zu kämpfen gilt!

## Wirb überall unermüdet für die RGO! Leiste Betriebs- u. Gewerkschaftsarbeit!

roten Betriebsräte und RGO-Funktionäre, die prächtig die Linie der roten Kampfeinheit im Leuna-Wert entwickeln, zwingen die Bürokratie, ihren Kurs, den sie in den ersten Beratungen einfügten, zu ändern. In der vorerwähnten Versammlung in Naumburg hatte der Bonze Schneider vom Fabrikarbeiterverband erklärt: „In der Versammlung in Leuna werden mir euch rote Betriebsräte aus dem Saale tragen. Wir werden glücklich mit euch abrechnen.“

Es kam aber anders. In den Ausführungen des roten Betriebsratvorsitzenden Willi Möbius, der wiederum die wirtschaftliche Krise und die Lage des Leuna-Proletariats glänzend entwickelte, schloß sich der SPD-Sekretär Langenherm gerührt festzusetzen, daß Möbius „in vielen Dingen recht“ hätte! Aber die Schaffung einer besonderen Einheitsfront sei doch nicht notwendig. Gewerkschaften, SPD, Reichsbanner sei schon als Einheitsfronten vorhanden. Da kam von einem Proleten der Juchserfront: „Die Polizei müßt ihr noch anschauen bei eurer Einheitsfront!“

Der reformistische Betriebsrat Walter, der dann das Wort erhielt, mußte ebenfalls zugeben, daß die Lage des Leuna-Proletariats von Möbius richtig dargestellt wurde. Auch er betonte, daß neue Abbaumaßnahmen bevorstünden, neue Rationalisierung der Betriebe, und dann erklärte er frei und offen, daß die Betriebsräte dagegen „nichts machen könnten“.

Die Betriebsräte leihen lediglich Vermittler zwischen Verwaltung und Belegschaft; sie müssen neutral sein!

Um die Kampfesfront der roten Betriebsräte ganz er herum wie die rote Linie zu ziehen, hat die Lage des Leuna-Proletariats von der Oberkommission vom Fabrikarbeiterverband, Schneider, besog die freudige Linie. Er hegte gegen die Kompartunisten und gegen die RGO für die Leuna-Arbeiter sei es nicht von Nutzen, wenn in Rückfall eine eigene große chemische Industrie erziehe. Zur eigentlichen Lohnfrage und zur Frage der Entlassungen schweig er sich vollständig aus; ja, er ließ, wie Walter, durchblicken, daß man den Dingen keinen Lauf lassen müßte.

Der sozialdemokratische Anstaltsekretär Müller machte zur Frage der Kompartunisten die aller naivsten Ausführungen. Er meinte, wenn

## 85 Prozent Lohnabbau im Jahre 1931

Senkung der Arbeitslosenrente ist der tatsächliche Lohn noch mehr gesunken. Eine Schätzung wird durchschnittlich 7-8 Prozent des Lohnes dürfte feinsensorgig zu hoch, eher zu niedrig sein. Einschließlich des Abnehmens der Tariflöhne ist der durchschnittliche Lohnabbau etwa 18-19 Prozent des tatsächlichen Lohnes.“

Der Lohn des vollbeschäftigten Arbeiters ist demnach in einem Jahr um 18-19 Prozent abgebaut worden. Aber damit noch nicht genug. Der vermehrte Lohnausfall durch die partielle Erwerbslosigkeit beträgt für das Jahr 1931 18,2 Prozent. Der vermehrte Lohnausfall durch Kurzarbeit macht 2,5 Prozent des Lohnverlustrums aus. Die sozialen Verluste des Arbeiters und seine Steuern sind im Jahre 1931 gestiegen. Die Unterhaltung des Erwerbslosen ist gegenüber den vertriebenen Schätzungen betrug die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1930 im Durchschnitt 3,5 Prozent des Lohnes, im Oktober 1931 nur noch 2,7 Prozent des Lohnes. Durch Erhöhung der sozialen Lasten sowie durch die Verabreichung der Arbeitslosenunterstützung ist der durchschnittliche Lohnverlust des Arbeiters im Jahre 1931 um 4-5 Prozent gestiegen worden.

Der Lohn des vollbeschäftigten Arbeiters ist demnach in einem Jahr um 18-19 Prozent abgebaut worden. Aber damit noch nicht genug. Der vermehrte Lohnausfall durch die partielle Erwerbslosigkeit beträgt für das Jahr 1931 18,2 Prozent. Der vermehrte Lohnausfall durch Kurzarbeit macht 2,5 Prozent des Lohnverlustrums aus. Die sozialen Verluste des Arbeiters und seine Steuern sind im Jahre 1931 gestiegen. Die Unterhaltung des Erwerbslosen ist gegenüber den vertriebenen Schätzungen betrug die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1930 im Durchschnitt 3,5 Prozent des Lohnes, im Oktober 1931 nur noch 2,7 Prozent des Lohnes. Durch Erhöhung der sozialen Lasten sowie durch die Verabreichung der Arbeitslosenunterstützung ist der durchschnittliche Lohnverlust des Arbeiters im Jahre 1931 um 4-5 Prozent gestiegen worden.

Der Lohn des vollbeschäftigten Arbeiters ist demnach in einem Jahr um 18-19 Prozent abgebaut worden. Aber damit noch nicht genug. Der vermehrte Lohnausfall durch die partielle Erwerbslosigkeit beträgt für das Jahr 1931 18,2 Prozent. Der vermehrte Lohnausfall durch Kurzarbeit macht 2,5 Prozent des Lohnverlustrums aus. Die sozialen Verluste des Arbeiters und seine Steuern sind im Jahre 1931 gestiegen. Die Unterhaltung des Erwerbslosen ist gegenüber den vertriebenen Schätzungen betrug die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1930 im Durchschnitt 3,5 Prozent des Lohnes, im Oktober 1931 nur noch 2,7 Prozent des Lohnes. Durch Erhöhung der sozialen Lasten sowie durch die Verabreichung der Arbeitslosenunterstützung ist der durchschnittliche Lohnverlust des Arbeiters im Jahre 1931 um 4-5 Prozent gestiegen worden.

Der Lohn des vollbeschäftigten Arbeiters ist demnach in einem Jahr um 18-19 Prozent abgebaut worden. Aber damit noch nicht genug. Der vermehrte Lohnausfall durch die partielle Erwerbslosigkeit beträgt für das Jahr 1931 18,2 Prozent. Der vermehrte Lohnausfall durch Kurzarbeit macht 2,5 Prozent des Lohnverlustrums aus. Die sozialen Verluste des Arbeiters und seine Steuern sind im Jahre 1931 gestiegen. Die Unterhaltung des Erwerbslosen ist gegenüber den vertriebenen Schätzungen betrug die Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1930 im Durchschnitt 3,5 Prozent des Lohnes, im Oktober 1931 nur noch 2,7 Prozent des Lohnes. Durch Erhöhung der sozialen Lasten sowie durch die Verabreichung der Arbeitslosenunterstützung ist der durchschnittliche Lohnverlust des Arbeiters im Jahre 1931 um 4-5 Prozent gestiegen worden.















Die

Einkaufsstätte für  
Qualitätswaren

**Heinrich Arnold**

Bitterfeld

ermöglicht durch nie-  
drigste Preisgestaltung  
den Kauf praktischer  
Geschenkartikel. Sie  
können darum auch in  
diesem Jahr Ihre An-  
gehörigen und Freunde  
durch ein Geschenk er-  
freuen

Deutsche Wertarbeit



Ein Geschenk  
von bleibendem Wert  
Die elektrische  
**SINGER**

SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT  
Fabrik in Wittenberge 243. Postfach  
Halle a. S., Leipziger Str. 23 u. Mühlweg 22  
Ammendorf, neben dem Rathaus

Unsere  
Weihnachts-Propaganda

In Anbetracht der verzweifelten Wirt-  
schaftslage bieten wir Ihnen eine nie  
wiederkehrende Gelegenheit, den not-  
wendigsten Bedarf zu decken und  
gewähren Ihnen

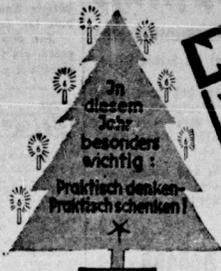
**20%**  
Extra-Rabatt  
auf alle

Anzüge u. Mäntel

Die große Kaufgelegenheit ist da. Alle  
Hoffnungen werden auf das glänzendste  
erfüllt. Die größte Auswahl. Die Preise  
haben wir teilweise bis unter die Hälfte  
herabgesetzt. Beeilen Sie sich, der Weg  
zu uns bringt Ihnen Ersparnisse

**Schmitz & Co. G.m.**  
Das Haus der eigenen Niederfabriken  
Bitterfeld Kirchstr. 15

Sonntag ist unser Geschäft von  
11—18 Uhr durchgehend geöffnet



In  
diesem  
Jahr  
besonders  
wichtig!

Praktisch denken-  
Praktisch schenken!

**Noch nie**  
war die Notwendigkeit  
zur sparsamsten Wirt-  
schaft. Zum Glück mit  
dem Planen so groß wie  
begehrter noch nie be-  
stand ein so starkes Be-  
dürfnis nach solcher Ware  
zu billigsten Preisen.

**Immer**  
schon haben wir unsere  
Aufgabe darin gesehen,  
beim Verkauf das Mög-  
lichste an Vorteilen nicht für  
uns, sondern für unsere  
Kunden zu erzielen, d. h.  
bestmögliche Qualitäten  
zu niedrigstem Preis zu  
verkaufen.

**Erst recht**  
in Zeiten wie den heutigen  
fühlen wir die Verpflich-  
tung, die schwierigste Lage  
weiterhin die Preise  
den Verhältnissen anzu-  
passen. Jetzt sind wir  
**billiger  
als je!**  
Besuchen Sie unsere Weihnacht-  
Ausstellung Leipziger Str. 7

**Weddy-Pönicke** A. Halle a. S.  
G. Leipziger Straße 6-7  
Das große Sonderhaus für Wäsche aller Art - Gardinen - Teppiche - Metallbetten - Kinderkleidung

Denk an den 24. Dezember!  
Schenkt praktisch!

Wringmaschinen  
Fleischhack-Maschinen, in verzinkt  
Bohnerbesen  
Kohlenkasten  
Elektrische Platten mit Schmir  
Kuchenschaber, 50X100 cm  
Christbaumschmück  
Baumkerzen (15 oder 24 Stück)  
Christbaumschmuck / Lichterhalter  
Feenhaar zu billigsten Preisen

Größte Auswahl in  
Sellen, Geschenckpackungen und Toilettenartikel

**Ullscheck**  
BITTERFELD HALLESCHESTR. 99

Bitterfeld Hallesche Straße 22

Großer  
**Total-Ausverkauf**  
wegen Aufgabe des Geschäfts!

Billigste Einkaufsgelegenheit für  
praktische Geschenke bei

**R. Ostwald**  
Bitterfeld, Hallesche Straße 15

Freude bereiten zu Weihnachten  
Geschenke in Optil und Photo  
von  
**Brillen-Wintler**  
Weißenfels, Jüdenstraße 36

Schenkt nikotinnuschädliche Tabakwaren  
Wendts Patent-Zigaretten, Ziga-  
retten, Zigaretten, Rauchtuba  
Sind von mediz. Autoritäten als absolut harmlos, anerkannt  
zu haben bei **Reformhaus Gesundheit**  
in **Delitzsch** in **Bitterfeld**  
Eilenburger Straße 57 Dessauer Straße 17  
neben Café Obbel

**Kamelhaar- u. Überschuh**  
Kragenstiefel in schwarz, braun u. Lack  
Kinderstiefel besonders preiswert!  
**Schuh-Bomhardt**  
Weißenfels, Jüdenstraße 29 u. 50

Zum Weihnachtsfeste  
empfiehlt reiche Auswahl in Festgeschenken,  
in Schokoladen und Pralinen, ff. Pfeffer-  
kuchen, Mignonherzen, Baumbehänge in  
verschiedenen Preislagen, ff. geröst. Kaffees  
usw. usw.  
**Pauline Kitzing**  
Delitzsch, Gerberplan 3 / Tel. 239

**ZUR FESTBÄCKEREI**  
empfehle auch in diesem Jahre meine täglich frische, triebkräftige und zuverlässige  
**Preßhefe**  
sowie meine zur Stoffenbäckerei beliebten  
Backgewürz-Essenzen und Zutaten  
**Otto Franz, Halle**  
Bäcker-, Konditor- und Kochkunst-Bedarf  
Märkerstraße am Markt Tel. 21147

Der Ausstoß unserer altbeliebten  
Starkbiere  
**Urbock**  
und  
**Weißer Bock**  
beginnt am  
17. Dezember 1931

**Schultheiss-Patzenhofer**

**Photo - Parfüme**  
Schöne Geschenkpackungen  
Wir füllen leere Parfüm-  
fläschen mit jedem ge-  
wünschten Parfüm

**Oskar Reime**  
Delitzsch, Gerberplan  
**Leder-Jacken ab 25**  
Lederhosen gefüttert . . . ab 35  
Hf. Handschuhe warm gef., nur 2.00  
Wasserschütz für Motorfahrer,  
Leder, warm gefüttert. . . Paar 6.00  
Hautschutz echt Led., Wadenp.  
warm gefüttert. . . 9.00  
Ledermäntel besonders billig ab 79  
Alles nur solange Vorrat  
**J. Zimmermann & Co.**  
Halle (Saale) / Br. Ulrichstraße 52  
Leipzig G. 1. Neumarkt 18

**Werbt neue Leser**

**Spielwaren**  
Eisenbahnzüge / Metallbankette  
Modelle ■ Dampfmotoren  
Puppenstuben und Puppenwagen  
billigst bei  
**EMIL SUDAL**  
DELITZSCH, Holzstraße

**Rundfunk - Apparat**  
elektrische Beleuchtungskörper  
Platten, Kocher, Heizkissen  
**Kurt Kreutzer, Delitzsch**  
Promenade 15 — Ruf 325

Größer  
Preisabfall!  
**Billige böhmische Bettfedern**  
1 Pfund ganz, gute, gelbliche  
über 40 Ztg. before Dampf  
30 Ugr. Aufwühl, Hauptk 1.00  
1 20 20, weisse, Hauptk, gelblich  
1 20 20, 1 20 20, 2 20 20, 2 20 20  
1 20 20, 1 20 20, 1 20 20  
1 20 20, 1 20 20, 1 20 20  
1 20 20, 1 20 20, 1 20 20  
Wälder und Spielplätze farblos, Kleinfeld über  
pollfrei gegen Rodwahn, Ein 10 Pfund an ein  
Küchlein mit ungeteilt über 100 Pfund  
**S. Benisch in Prag XII., Amerika since 1911**